

Zur aktuellen Weltkrise

1. Die zweite Welle der Finanzkrise rollt über Europa

Es konnte niemanden überraschen und doch kam es überraschend. Während noch die Billionenprogramme zur Rettung der Finanzwelt und Ankurbelung der Wirtschaft am Auslaufen sind, schoss sich die internationale Spekulation auf Griechenland ein. Diesmal ging es ihr nicht allein darum, bestimmte Finanzinstitute in den Abgrund zu ziehen, sondern den Bankrott ganzer Staaten ins Auge zu nehmen. Wie bei der berühmten Tsunami-Welle, die Hunderttausenden das Leben kostete, zog sich nach der ersten vom Erdbeben ausgelöste Welle das Meer zurück, um dann umso schrecklicher in einem zweiten Ansturm über die Küsten zu fluten. Gerade schien es, dass sich die reale Wirtschaft in Europa, gestützt von riesigen Konjunkturprogrammen, auf niedrigem Niveau stabilisieren könnte, mit der Aussicht nach ein paar Jahren wieder den Anschluss an die Wirtschaftsleistung vor der Krise 2007 zu erreichen, bedroht die neue Welle der Finanzkrise die Ökonomie Europas.

Diesmal zielt die internationale Spekulation nicht nur auf den Wertverlust von einzelnen Unternehmen, sondern auf den Bankrott ganzer Staaten. Was treibt sie an? In der Finanzwirtschaft kann man nicht nur mit steigenden Börsenkursen, Währungskursen oder Immobilienwerten viel Geld verdienen, sondern auch wenn man in einer Krise, wie wir sie seit 2 Jahren haben, auf sinkende Werte wettet. Ein wichtiger Teil dieses „Investmentgeschäfts“, wie es so schön verharmlosend heisst, läuft folgender Maßen ab: Bei ungedeckten Leerverkäufen veräußern Banken, Hedgefonds sowie professionelle Spekulanten Wertpapiere von Unternehmen oder Staaten, die sie rechtlich gar nicht besitzen, mit dem Ziel, den Kurs zu drücken und die Papiere dann günstig einzukaufen. Aus der Kursdifferenz erzielen sie einen Gewinn, um das Wetten erneut zu beginnen. Bei gedeckten Leerverkäufen leihen sich Banken, Fonds oder private Spekulanten die entsprechenden Wertpapiere von Unternehmen oder Staaten, um dann auf einen Kursverfall zu wetten. Bisher haben sich diese Baisse-Aktionen auf die Kurse von Unternehmen konzentriert. Ermutigt durch die Passivität der Staaten, ordnungspolitisch rigoros gegen dieses finanzielle Banditentum anzugehen, gibt sich die Finanzwelt nicht mehr mit einzelnen Unternehmen zufrieden sondern greift kühn die Bonitäten von einzelnen Staaten an, um die Kurse der öffentlichen Anleihen in den Keller zu schicken. Eine solche noch vor kurzem undenkbar Strategie ist auf den Staatsbankrott ganzer Länder gerichtet. Hilfsdienste bei derartigen Wetten leisten ihnen die drei wichtigsten internationalen Rating-Agenturen, die die sogenannte Piigs, Portugal, Italien, Irland, Spanien, in ihrer Kreditwürdigkeit abwerten. Griechenland ist dabei als erster Staat auf die Ebene von Junks abgewertet worden, das heißt, seine Staatspapiere sind nicht mehr verkäuflich oder zu einem so hohen Zinsaufschlag, dass der Staat den Zinsdienst nicht mehr leisten kann. Der faktische Staatsbankrott zieht auch private Vermögensbesitzer in den Strudel, die keine Junk-Staatspapiere besitzen. Wichtige Fonds, die das Vermögen von Pensionskassen oder Versicherungspolicen verwalten, verlieren dieses, ohne dass die Besitzer vorerst davon etwas wissen. Die Krise zieht ihre Bahnen und erfasst immer weitere Bereiche der Ökonomie.

2. Die private Spekulation gewinnt die Oberhand über staatliche Krisenpolitik. Das modifizierte kapitalistische Marktwirtschaftsmodell droht zu kollabieren

Die „Klassiker“ der moderne kapitalistische Marktwirtschaft wie Smith, Ricardo oder Hayek setzten auf private profitorientierte Akteure in einem freien Spiel von Marktkräften innerhalb eines staatlichen Ordnungssystem, der die dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage innewohnende chaotische Zügellosigkeit kontrolliert und reguliert, also die privaten anarchischen Egoismen in ein verrechtetes Ordnungs-System einfangen soll und die gesetzlichen Rahmen für eine Steuer- und Antimonopolpolitik schafft, um das freie Spiel der Marktkräfte innerhalb eines Goldwährungssystems zu sichern. Folgt man diesen Theoretikern, funktioniert ein solches System in der Arbeitsteilung einer zumeist dynamischen aber auch oft destruktiven Dynamik eines profitorientierten Unternehmertums, gezügelt durch den regulierenden öffentlichen Raum, der den Wettbewerb fördert und über Steuern die öffentliche Infrastruktur sichert.

Die Weltwirtschaftskrise 1929 zerstörte dieses Ordnungssystem. Der Rüstungs-Kenesianismus Hitlers und der New Deal Roosevelts ergänzte die ordnungspolitische Rahmensetzung mit dem Postulat einer interventionistischen antizyklischen Regierungspolitik gegenüber dem privaten Raum. Diese modifizierte kapitalistische Marktwirtschaft, für die Ludwig Erhard und der „rheinische Kapitalismus“ seit dem Krieg einstand, und die auch die Philosophie der Europäischen Union ist, droht nun zu kollabieren. Die öffentliche Hand hat zur Bekämpfung der ersten Welle der Finanzkrise mit Billionen Euro ihre Finanzreserven weitgehend verpulvert, das Schwert des Keynesianismus ist schartig geworden. Der Vorgang ist gravierend. Es geht nicht nur das Primat der Politik gegenüber dem privaten Sektor verloren. Ohnmächtig gewordene Staaten in der Europäischen Union stehen entblößt gegenüber den Attacken der internationalen Spekulation. Wir stehen vor einem Flächenbrand. Wie Dominosteine droht den schwächeren Staaten der Bankrott, dann könnte auch der Stabilitätsblock in Europa wie Frankreich und Deutschland fallen. Die Euro-Währungsunion könnte auseinander fallen.

Es wäre aber falsch, die Spekulanten als Hauptverursacher der neuen Finanzkrise hin zu stellen. Sie sind nur die Akteure, die die Baisse-Tendenzen akzentuieren, die von den fundamentalen Ungleichgewichtigkeiten innerhalb der EU verursacht worden sind, wie z.B. die exzessiven Exporte der deutschen Industrie - z.T. durch Korruption – nach Griechenland, auf Kosten dessen Handelsbilanz

3. Radikal-konservative Politik zur Rettung der kapitalistischen Marktwirtschaftsordnung

Der Triumph der internationalen Spekulation, vertreten durch Banken, Fonds und privaten Finanzakteuren, droht sie selber zu verschlingen. Das Irrationale der Profitgier erweist sich darin, dass eine Zerstörung des regelnden öffentlichen Raums auch den Spekulanten ihre Operationsbasis unter den Füßen wegziehen würde. Aber eine gesamtwirtschaftliche Ratio besitzen die Spekulanten nicht. Nach dem Staatsbankrott Griechenlands sind auch griechische Staatspapiere von Milliarden Euro im Portefeuille von deutschen Banken notleidend geworden. Nehmen wir die Deutsche Bank als Beispiel. Sie ist ein erheblicher Nutznießer der Krise. Zur Bekämpfung der Krise ist die Europäische Zentralbank genötigt, ihre Kreditzinsen auf rund ein Prozent extrem niedrig zu halten, zum Nutzen der Deutschen Bank. Sie kann sich mit billigem Geld versorgen, das sie zu 10 Prozent ausleiht. Diese Zinsspanne hat ihr neue Milliardenprofite verschafft, womit sie ihr Ziel von 20 Prozent Umsatzrendite auf sagenhafte 30 Prozent erhöhen konnte. Aber ein Zusammenbruch des Europäischen Währungsraumes kann auch nicht im Interesse der Krisenprofiteure sein, weil dieser Kollaps ihnen ihre bisherige Operationsbasis für ihre lukrativen Geschäfte entziehen würde, und was

danach käme, wäre ungewiss. Daher ist ihr Chef Ackermann mit dem Klingelbeutel bei privaten Unternehmen unterwegs, um für die Griechenlandhilfe des Bundes von 22 Milliarden freiwillige Spenden beizusteuern. Eine wahrhaft großzügige Geste. Der Großbanker, als Teil des Gesamtkapitalisten, darf doch den Staat in seiner Not nicht im Regen stehen lassen. Ansonsten würde sich noch die Bildzeitung auf ihn, den Banker, einschließen. Soweit ist der Staat verkommen, dass er wie ein Bettler die Hand für eine milde Gabe aus der Wirtschaft aufhält.

Die Regierung hat den drohenden Flächenschaden erkannt. Sie will retten, was noch zu retten ist. Heilige Kühe der Ideologie sollen geschlachtet werden, so dass dem FDP Wirtschaftsminister ganz übel wird, aber es geht um Sein oder Nichtsein. Nicht nur, dass Leerverkäufe auf einmal verboten werden sollen, Die Tobinsteuer – früher ideologisches Teufelswerk aus der Hexenküche von attac - wird sogar populär, obwohl die zwanzig Wirtschaftsgrößen, die G 20, vor einigen Wochen sich nicht darauf einigen konnten, die Banken stärker an die Kandare zu nehmen. Wichtiger aber ist, dass die Bundesregierung in ihrer Not selbst das absolut bisher Undenkbare andenkt, ein geregeltes Insolvenzverfahren – man könnte auch sagen ein „kontrollierter Konkursgang“ für zukünftige Pleitestaaten ins Auge zu fassen. Nicht nur im Blick auf die NRW-Wahl will man aus dem politischen Druck heraus kommen, den die Bild-Kampagne gegen Griechenland aufgebaut hat, weil gute deutsche Steuergelder einem maroden Staat in den Rachen geworfen werden. Es wäre eine Entlastung oder Befreiungsschlag wie bei einem Privatkonkurs: die eigenen – hier politischen - Schulden werden gestrichen. Hinter diesem Gedanken steckt die Erkenntnis, dass auch Deutschland auf Dauer mit finanziellen Unterstützungsaktionen überfordert sein dürfte, wenn es um Italien oder Spanien geht. Lieber ein großer Schrecken mit Ende als ein Schrecken ohne Ende.

Aber selbst wenn die Regierung über ihren bisherigen ideologischen Schatten springt, gilt es zu bedenken: Alle wohlwollende Reformmaßnahmen zur besseren Regulierung der Finanzmärkte können nur das Aussaugen der Märkte durch die Spekulanten mäßigen oder modifizieren, aber Dracula nicht für immer in seinen Sarg einsperren. Eine endgültige Rettung wird es mit den bisher geplanten oder nur angedachten Reformen der Finanzwelt nicht geben, wenn nicht die Profitlogik der Entscheidungsgremien über Investmentgeschäfte gebrochen wird. Maßnahmen, die auf Regulierungen, Verbote und „Bestrafung“ der spekulierenden Wirtschaftsakteure allein setzen, ohne den Profitdurst der Vorstände von Banken und Fonds zu brechen, bleiben widersprüchlich, weil sie auf die immanenten Grenzen des Systems stoßen. Dieses Widersprüchliche sei auch dem Bundespräsidenten ins Buch geschrieben, wenn er ähnlich wie Kirchenmänner, manche Gewerkschaftler, wohlwollende Kommentatoren liberaler Zeitungen verbal die große moralische Keule heraus holt, um die Bösen zu bestrafen. Die kapitalistische Ordnung ist amoralisch. Moralische Appelle bewirken nichts. Aber auch mit Sanktionen allein bewirkt man nicht viel. Als Beispiel betrachten wir die Banken. Alle Maßnahmen, die Profite abschöpfen und „unberechtigte“ oder „moralisch verwerfliche“ Praktiken von Banken konfiszieren wollen, sind innerhalb des profitorientierten kapitalistischen Systems kontraproduktiv, wenn sie nicht die Entscheidungsmacht profitorientierter Konzernspitzen antasten. Wenn konfiskatorische Eingriffe die Eigenkapitalquote der Banken – ob nach Basel II gesetzlich oder nach der eigenen Firmenphilosophie – beeinträchtigen und damit die Bonuserwartungen der Vorstände, ergeben sich für das Management folgende Handlungsfolgen: Geringere Eigenkapitalquoten und Boni – geringere Ausreichung von Krediten an die reale Wirtschaft – weiteres Anziehen der Kreditklemme, um das zarte Pflänzlein eines neuen Konjunkturaufschwungs abzuwürgen.

Das Zögerliche der Bundeskanzlerin Merkel, das während der Griechenlandkrise bis zur Lähmung der Politik reichte, hat ihre Ursachen nicht in persönliche Schwächemomenten der Bundeskanzlerin oder in der Krankheit des Finanzministers, sondern in fundamentalen

Widersprüchen, die dem Kapitalismus systemimmanent sind. Vieles ist inzwischen für Konservative machbar. Eines bleibt aber aus ideologischen Gründen sakrosankt: die profitorientierte Entscheidungsmacht der Vorstände in Banken, Fonds und anderer Finanzinvestoren in ihrem Kern anzutasten – (z.B. durch mehr Wirtschaftsdemokratie – dazu später). Deshalb legt sie und ihr Partner Westerwelle den Schwerpunkt ihrer Politik noch mehr als bisher auf die neoklassische Strategie, durch Senkung der Lohn- und Sozialkosten untergehende Staatsschiffe wieder flott zu bekommen, zuerst die aktuell notleidenden Staaten später – im worst case – Deutschland selber. Hinter Westerwelles Satz auf dem FDP-Parteitag in NRW steht keine willkürliche Provokation sondern eine wohlüberlegte Strategie, wenn er sagt: „Wir gehen in ein neues Jahrzehnt. Das vergangene war eines der übertriebenen Umverteilung. Das neue soll für Leistungsgerechtigkeit stehen“.

Die FDP zieht aus ihrer Marktradikalität Schlüsse, wo man sich wünscht, die Mitte – Links – Kräfte in der Gesellschaft würden die gleiche Entschiedenheit bei der Vertretung ihrer Inhalte aufbringen. Der Bundeswirtschaftsminister Brüderle begrüßt den Zwischenbericht der Monopolkommission der Bundesregierung, dass marktbeherrschende Unternehmen zerschlagen werden sollten und zwar nicht erst wenn ein Missbrauch eingetreten sei, sondern schon beim bloßen Verdacht. Zerschlagung von Großunternehmen – auf was liefe dies heraus? Auf Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien nach Artikel 170 der Bayerischen Verfassung oder Artikel 14/15 des Grundgesetzes ganz gewiss nicht. Wie es heute schon bei Konkursen passiert, könnten sich andere die Filetstücke aus der Masse heraus lösen und ihre Profite vermehren. Eine Nebenwirkung wäre auch die Zerschlagung von betrieblichen Vertretungen der Arbeitnehmerschaft.

4. Es brennt lichterloh im Haus der Arbeitnehmerschaft, aber der große Aufschrei bleibt aus. Und was tun die Gewerkschaften?

Nach DGB-Zählungen haben am 1. Mai 2010 etwas weniger Arbeitnehmer an den 450 Veranstaltungen teilgenommen als im letzten Jahr. Die Maifeiern sind ein Seismograph für die Stimmungen. Thomas Schmid titelt in der Bildzeitung über den „Tod des 1. Mai. Schon in den 60er Jahren begann der Schwund. Die Arbeiter liefen auseinander, sie bauten sich Häuser, verbürgerlichten, verstanden sich am Ende gar nicht mehr als Arbeiter“. OK.... OK..kann man diesem Springerschreiberling vorhalten. Aber wie ist es heute, wenn wegen der Krise viele nicht mehr die Raten für ihre Häuser zahlen können, wenn die prekären Arbeitsverhältnisse durch Befristung und Leiharbeit die Gründung von Familien nicht mehr erlauben? Warum kommt es heute nicht zum großen Aufschrei gegen die Verhältnisse? Warum ist Duckmäusertum bei vielen vorherrschend, die sich an die Wand gestellt sehen? Es gibt verschiedene Gründe, einige sollen hier aufgezählt werden. Conrad Schuhler hat im Report Nr. 79 des isw geschrieben, dass der sozialpsychologische Mechanismus in der Krise folgendermaßen abläuft: “ Die Menschen verzehren ihre psychische und soziale Kraft im ständigen Kampf um die Sicherung ihrer Existenz. Für grundsätzliche politisch-gesellschaftliche Perspektiven haben sie weder Zeit noch Energie noch psychischen Antrieb. Sie sehen sich am Rand ihrer Kräfte und hoffen, dass das Schlimmste vermieden wird. Gerade ihre ständige Demütigung und Versagenserfahrung macht sie bereit, sich den Plänen der Mächtigen zu unterwerfen und sich an die Kommandos von oben anzupassen“.

Um darauf näher einzugehen: Es ist ein Unterschied, ob der Mensch sich der durch Gesetz und Fakt vorgegebenen Machthierarchie von oben in den Betrieben anpasst, weil man der Gewalt des Management notgedrungen folgen muss, um nicht auf die Straße gesetzt zu werden, und/oder ob man diese Demuthaltung noch verinnerlicht und akzeptiert. Falls letzteres vorliegt, scheint man sich selber aufgegeben zu haben. Es liegt aber in der Natur des

Menschen – soviel Realismus sollte man dem homo sapiens schon zugestehen - dass man das Unwürdige als unwürdig erlebt und darunter leidet und deshalb es nicht akzeptiert. So bleibt eine Perspektive für Änderungen. An diesem Punkt kommt den Gewerkschaften eine praktische sowie eine gesellschaftspolitische Rolle zu, einerseits z. B. bei den laufenden Betriebsratswahlen, andererseits in der gesellschaftspolitischen Zuspitzung der Krise. Man sollte die Zeichen, die aus der Bevölkerung kommen, richtig deuten und das Momentane nicht als ewig nehmen. Was heute lethargisch erscheint, kann morgen in Rebellion umschlagen.

Die IG Metall hat 2009 eine vielbeachtete Umfrage in ihrer Mitgliedschaft veranstaltet. Die weitaus größte Mehrheit war für sichere Arbeitsplätze, nicht krank machende Arbeit, lebenssichernde Löhne und Renten. Wen kann das Ergebnis überraschen? Aber wenn Funktionäre unter dem Vorsitzenden Berthold Huber daraus den Schluss ziehen, dass Dinge, die die Menschen direkt betreffen wichtiger seien als abstrakte gesellschaftliche Werte, liegt hier eine Fehlinterpretation vor, die mehr über die Denkweisen einiger Gewerkschafter aussagt als über die Masse der Arbeitnehmer. Die Wissenschaft vom Menschen, die Anthropologie, sagt, dass der Mensch seinem Wesen nach auch ein homo oeconomicus und ein homo res publica sei. Die meisten haben durchaus eine Vorstellung davon, wie ihre persönlichen Nöte und Plagen mit der gesellschaftlichen Unordnung zusammen hängen. Es ist Aufgabe von Gewerkschaften, durch ihr Bildungsangebot aber mehr noch durch Aktionen zu verdeutlichen, wie die Zusammenhänge sind.

5. Internationale Solidarität – Aktive Lohnpolitik – Arbeitszeitverkürzung – Wirtschaftsdemokratie

Die permanente Strukturkrise der marktradikalen Wirtschaftsordnung sowie die weiterwirkende Weltfinanz- und Wirtschaftskrise bedroht die Lebensgrundlagen von vielen Menschen und erfordert, dass ver.di und der DGB neue Prioritäten in den Bereichen setzen, wo die Zerstörung von Arbeitsplätzen und die Krise des sozialen Zusammenhalts sich besonders zuspitzen.

5.1. Die Abwehr der ökonomischen Krise von Staaten der Europäischen Union erfordert unser aller Solidarität

Ver.di und alle DGB-Gewerkschaften sollten solidarisch auf der Seite der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in den Staaten der Europäischen Union stehen, die von der neuen Finanzkrise besonders betroffen sind. Wehren wir die Bedrohungen ihrer sozialen Existenz in unserem eigenen Interesse ab. Unterstützen wir in ver.di den Widerstand unserer Kolleginnen und Kollegen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln in Deutschland und in den europäischen Institutionen. Als Maßnahmen kommen politische Streiks in Deutschland für unsere ausländische Kollegen, Druck auf die unsoziale Politik der Bundesregierung und eine solidarische Politik des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Frage.

Aber wir sind nicht nur in der Position des Gebens sondern auch den Nehmens. Wir können einiges von den Aktionen unserer griechischen KollegInnen lernen, wie z.B. die Lehrer und die Staatsdiener in Athen und anderswo auf die Straße gehen.

Die vor allem von der Bundesregierung eingeleiteten Strategien zur Bewältigung der Krise in Griechenland durch „harte Reformen“ geben ein Vorgeschmack dessen, was auf die Arbeitnehmer in Staaten wie Portugal, Italien, Griechenland, Spanien zukommen wird: Der Albtraum vom Staatsbankrott dient der Europäischen Zentral-Notenbank, dem Internationalen Währungsfonds, vor allem aber deutschen Politikern als Hebel, die Löhne, Renten, Sozialleistungen in Griechenland zu senken, und die Mehrwertsteuer, das Renteneintrittsalter wie Arbeitszeiten zu verlängern. Finanzminister Schäuble und Bundeskanzlerin Merkel

bedienen sich der gleichen neoliberalen Methode gegenüber anderen Staaten wie die Unternehmer bei Quelle und Karstadt im eigenen Land. Eine solche einseitige Sanierung zu Lasten der Arbeitnehmerschaft in Griechenland dient diesen „Neokolonialisten“ als „Fingerübung“ für künftige Strategien in Deutschland. Wehren wir solche Bedrohungen ab durch Solidarität für die streikenden griechischen Arbeitnehmer, die vor allem im Dienstleistungssektor zu finden sind.

Derartige Sparmaßnahmen zulasten der Arbeitnehmer sind kontraproduktiv.

Gehaltskürzungen lassen den Griechen weniger Geld in der Tasche für die Konsumnachfrage, und sie haben heute schon viel weniger an Gehältern als wir. Steuererhöhungen würgen eine notwendige Erholung der Ökonomie zusätzlich ab, aus deren Wirtschaftsleistung in Zukunft die Kredite an Deutschland zurückgezahlt werden sollen.

Die „strengen Auflagen“ der Bundesregierung, mit denen die griechischen Arbeitnehmer belastet werden, sollen die deutschen Steuerzahler beruhigen. Eine abgewürgte griechische Wirtschaft wird aber Deutschland mit der Rückzahlung seiner Schulden nicht mehr bedienen. Besser für die Beschäftigten sind Alternativen, die diejenigen zur Rechenschaft ziehen, die in Politik, Bürokratie, Kirche und Privatwirtschaft sich gemeinschaftlicher und bandenmäßiger Verschwendung von Steuergeldern und EU-Subventionen schuldig gemacht haben. Anstatt die Arbeitnehmer zu schröpfen, sollten als erste und dringendste Maßnahmen die von Banken finanzierten Baisse-Spekulationen von Hedgefonds gegen Griechenland durch eine wirkungsvolle internationale Kontrolle des Banken begegnet werden, auch wenn dies – wie oben aufgeführt – nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann. Auch muss ein vorübergehendes Schuldenmoratorium ins Auge gefasst werden und die Banken, Investmentfonds und Privatanleger als Besitzer griechischer Staatsanleihen müssen verpflichtet werden, sich an einem Schuldenerlass beteiligen.

5. 2. Durch eine aktive Lohnpolitik Deutschland aus dem Konjunkturtal führen.

Zwar gelang es, durch gewaltige weltweite Konjunkturprogramme von über 1.4 Billionen Euro einen Absturz der Welt ins Nichts zu verhindern, aber mit einer Erholung besonders der deutschen Wirtschaft auf das Niveau vor der Krise ist im Jahr 2011 nicht zu rechnen.

Verantwortlich hierfür ist vor allem das Stagnieren der Ausrüstungsinvestitionen, die in den bisherigen Konjunkturabläufen deren Richtung bestimmten. Nach dem tiefen Fall von über 50 Milliarden zu Beginn 2008 auf 40 Milliarden Euro 2009 „dümpelt“ dieser Schlüsselbereich 2010 vor sich hin. Auch andere Zahlen, die eine Erholung begründen, müssen hinterfragt werden. Wenn die Zahl der Erwerbstätigen „nur“ von 40.4 Millionen 2008 auf 40.2 Millionen zu Beginn 2010 gesunken ist, so verbirgt sich hinter dieser Zahl der dramatische Wandel zu Teilzeit, zu prekären Arbeitsverhältnissen, zu Niedriglöhnen. Zum ersten Mal seit Kriegsende ist die volkswirtschaftliche Lohnsumme gesunken. Der Export kann den Aufschwung allein nicht richten. Auf die prosperierenden Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien entfällt nur ein Viertel der Produktion. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte halten sich zwar im ersten Halbjahr 2010 auf dem gleichen Niveau von über 3 Milliarden Euro 2008, die drohende Zunahme von Arbeitslosigkeit und die Besorgnis um einen sicheren Arbeitsplatz können aber das Konsumklima rasch im Verlauf von 2010 verschlechtern. Hinzu kommen die steigenden Energiepreise, die die Kaufkraft schmälern.

Die altbekannte gewerkschaftliche Position, die konsumtive Nachfrage über eine mutigere Lohnpolitik anzuregen (Richtschnur: Produktivitätszuwachs, Preissteigerung und Umverteilung) und nicht allein auf die Karte der Exportwirtschaft zu setzen, hat unerwartete Unterstützer in den USA und Frankreich bekommen. Sowohl Amerika wie auch unser größter Wirtschaftspartner Frankreich beklagen das internationale Ungleichgewicht, dass die deutsche Exportoffensive über sein jahrzehntelanges Lohndumping geschaffen hat– neben China mit seiner unterbewerteten Währung. Wir brauchen auch weiterhin Exporte. Aber zu

dem einen Bein der Exporte, das eine De-Industrialisierung wie in anderen Ländern – Beispiel England - verhindert, brauchen wir eine starke Binnennachfrage durch eine aktive Tarifpolitik.

5. 3. Wöchentliche Arbeitszeitverkürzung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Seit zwanzig Jahren hat sich eine Sockelarbeitslosigkeit von über 3 Millionen aufgebaut, die man als die strukturelle Arbeitslosigkeit bezeichnen kann, weil es den Beschäftigten nicht gelang, die Produktivitätsfortschritte, also gleiche Leistung bei weniger Arbeitsstunden, in tarifvertraglichen Arbeitszeitverkürzungen mit vollen Lohnausgleich aufzufangen. Bei voller Ausschöpfung der kostenneutralen Spielräume hätte die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in den letzten zwanzig Jahren um drei Stunden verkürzt werden können. Ein großer Teil der Sockelarbeitslosigkeit wäre nicht entstanden. Stattdessen gehen die Gewerkschaften den Weg, über Beschäftigungsgarantien – auf gut deutsch Lohnverzicht - für mehr Sicherheit am Arbeitsplatz zu sorgen. In der kapitalistischen Marktwirtschaft können Unternehmer solche Garantien nur abgeben, wenn der Markt es hergibt. Gegen tiefgreifende Krisen ist kein Kraut gewachsen, wie Quelle beweist.

Zur strukturellen kommt mit wachsender Bedeutung die konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit hinzu. In der aktuellen Konjunkturkrise seit 2008 sind rund 1, 4 Millionen Arbeitnehmer in Kurzarbeit gegangen. Bisher hat die Politik das System des Kurzarbeitergeldes immer verlängert, weil die Hoffnungen auf ein Anziehen der Konjunktur bisher getrogen haben. In Zukunft wächst der Widerstand der Politik, diesen Weg weiter fort zu setzen. Auch das vielbeklatschte „Beschäftigungswunder Deutschlands“, dass anders als z.B. in den USA das Unternehmertum in den letzten zwei Jahren nicht immer auf Absatzeinbußen mit entsprechenden Entlassungen reagiert hat, geht mit der Dauer der Krise zu Ende. Siemens hat mit Entlassungsaktionen den Anfang gemacht, andere werden folgen.

Was wir brauchen, ist ein Umdenken in der gewerkschaftlichen Strategie. Durch die Reform des Arbeitszeitgesetzes sollte die höchstzulässige Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzt werden, die tarifliche auf 35 Stunden angepeilt werden. Die Mitbestimmungsrechte von Personal- und Betriebsräten ist auf Personal- und Stellenplänen zu erweitern, um zu verhindern, dass Arbeitszeitverkürzung zu einem erhöhten Leistungsdruck führt.

5. 4. Wirtschaftsdemokratie weist die Spekulanten im Finanzsektor in die Schranken, beteiligt viele Menschen an ökonomischen Entscheidungsprozessen der Wirtschaft, verringert also die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft und verwirklicht den demokratischen Sozialstaat

Die Skandale, die die Weltkrise vor allem im Finanzsektor ausgelöst hat, empört viele Menschen. Die Hunderte von Milliarden, die in die Rettung der Banken gesteckt wurden, während es an Kinderkrippen, Sozialeinrichtungen und Mindestlöhnen fehlt, verletzt vielen Betroffenen das Gerechtigkeitsgefühl in krasser Weise. Viele stellen das überkommene Finanzsystem in Frage und rufen nach einem Finanzsektor, der demokratisch kontrolliert und dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Bei den Reformprojekten wie Vergesellschaftung von Großbanken, die im Grundgesetz als Möglichkeit verankert ist, und ihre Unterwerfung unter einer demokratischen Kontrolle, geht es nicht nur um Gerechtigkeit und Moral, es geht um eine effektive Krisenbewältigung im Interesse der Beschäftigten.

Ordnungspolitische Reformen des Bankensektors, die in deren Entscheidungsbereiche einwirken, sind wirksamer und billiger als Finanzspritzen für fehlgeleitete Spekulationen. Ein

demokratisch kontrolliertes und auf das Gemeinwohl verpflichtetes Bankenpersonal kann die Kreditklemme beseitigen, die zinsgünstige Finanzierung nachhaltiger Investitionen besonders bei kleineren Unternehmen ermöglichen und den Zahlungsverkehr für breite Schichten der Bevölkerung kostengünstiger abwickeln.

Solange aber der Bankensektor der marktwirtschaftlichen Profitlogik unterworfen ist, laufen Vorschläge ins Leere, die zwar moralisch wohlmeinend sind, aber die Potentiale zur Eigenkapitalbildung der Banken schmälern, wie zum Beispiel eine Sondersteuer auf Spekulationsaktivitäten. Innerhalb des profitorientierten Systems wird die finanzielle „Bestrafung“ von falschen Managemententscheidungen nur die restriktive Kreditvergabe im Geschäftsgebaren der Banken verstärken.

Die Finanzlöcher, die ein miserables Management bei den Landesbanken erzeugt hat, lassen sich auch durch Riesensummen schlecht schließen und zeigen zudem auf, dass es mit der herkömmlichen öffentlich-rechtlichen Eigentümerstruktur allein nicht getan ist. Die öffentliche Hand und auch die Arbeitnehmerseite in den Aufsichtsräten sind in der kapitalistische Profitlogik eingespannt. Die Arbeitnehmer müssen diese Logik durch neue gemeinnützige demokratische Entscheidungsstrukturen überwinden, wenn sie sich von dem bisherigen Diktat einer ungezügelter Finanzwelt verabschieden wollen.

Was für den Bankensektor gilt, trifft auch prinzipiell auf strukturbestimmende Großbetriebe der Wirtschaft zu. Auch hier ist die alleinige Dominanz der kapitalistischen Profitlogik zu brechen. Die Daseinsfürsorge, die Infrastruktur, und Energiewirtschaft sollten im öffentlichen Eigentum sein. Auf welche Bereiche und Branchen darüber hinaus sich vergesellschaftete Eigentumsformen in einer mixed economy erstrecken, sollte in einem gesellschaftlichen Diskurs entschieden werden.

Ein Weg wäre, an gewerkschaftliche Traditionen der Wirtschaftsdemokratie anzuknüpfen, die aber der heutigen Zeit angepasst sind, oder auf die „Runden Tische“ zurück zu greifen, mit denen in der Nachwendzeit experimentiert wurde – leider zu kurz. In Ergänzung zu den vorhandenen parlamentarischen Institutionen könnten auf gesetzlichem Wege Wirtschafts- und Sozialräte auf allen Ebenen gegründet werden, auf kommunaler, regionaler, Landes- und Bundesebene. Sie wären eine neue demokratische Dialogebene, auf der außerparlamentarische Gruppen allgemeine Interessen einbringen, um gegen sozial schädliche Maßnahmen ihr Veto zu erheben und gesetzgeberisch initiativ zu werden.

Um die Stellung solcher Räte zur Relativierung der kapitalistischen Profitlogik zu stärken, könnten sie Einfluss auf die regionale und sektorale Wirtschaftspolitik nehmen, sich an einer demokratischen Rahmenplanung beteiligen - mit Einflussnahme auf die Investitionsentscheidungen von Unternehmen.

6. Auszüge aus einer Mairede in Fürth

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich begrüße euch im Namen von ver.di zur Maikundgebung in Fürth. Seit 120 Jahren gibt es diesen Tag der Arbeit, der als Kampftag von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weltweit begangen wird. 1890 wurde der Tag von Chicagoer Arbeitern als Feiertag begründet, ein Arbeiter hatte damals nach einem 12-Studentag gerade mal soviel verdient, dass er sich eine warme Mahlzeit davon kaufen konnte. Das wollten die Gewerkschaften verbessern. Im Vordergrund stand der Kampf um den 8-Studentag.

In Deutschland gelang das auch in den Nachkriegsjahren, sozialer Ausgleich war ein hohes Gut – soziale Marktwirtschaft sollte allen eine Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Man wollte das kapitalistische System gegenüber den sozialistischen Staaten als das für die Menschen bessere System darstellen, und es war es wohl auch wirklich ein Anliegen von

Politikern, die Idee einer sozialen Marktwirtschaft tatsächlich umzusetzen. Was wir nun aber seit dem Wegfall der Systemkonkurrenz als Triumphzug des ungezügelter Kapitalismus erleben, macht immer mehr Menschen regelrecht fassungslos.

Fassungslos ist man über Milliardenhilfen für Banken – deren Banker genehmigen sich Millionen Boni-Zahlungen, sie rufen Renditeziele von 25-30% aus, verlieren völlig den Bezug zu realen Wirtschaftsverhältnisse und ihre wichtigste Aufgabe, Kredite an Mittelstandsunternehmer zu vergeben, vernachlässigen sie. Fassungslos sieht man im Gegenzug, wie Menschen, die ihr Leben lang, pünktlich, fleißig und treu in einem Unternehmen gearbeitet haben, durch unfähige Manager von heute auf morgen ihre Arbeit verlieren. Beispiel Quelle hier in Fürth. Viele wenden sich angewidert ab und gehen in die innere Emigration, das sind z.B. die vielen Nichtwähler. Viele hoffen einfach immer noch, dass sich das Blatt wieder wenden wird und sie vielleicht etwas gestutzt, aber doch ungeschoren davonkommen werden. Das sind die, die sagen: „da kann man doch eh nichts machen!“ und sich wegducken. Vielen aber platzt der Kragen und sie versuchen durch Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit, Einmischung, Protestaktionen und Demonstrationen ihren Unmut kundzutun.

Den Gemeinden geht es schlecht. Hier in Fürth ist ein Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen um 18% und der Einkommenssteueranteile um 5% zu verzeichnen. Dazu fehlen Finanzierungsanteile der Sparkasse wegen Ausgleichzahlungen für das Finanzdesaster der BayernLB. Durch das, Ende 2009 verabschiedete Wachstumsbeschleunigungsgesetz unserer schwarz-gelben Regierung fehlen nach derzeitigen Berechnungen der Stadt Fürth in den Jahren 2010 bis 2014 1,6 bis 2,4 Millionen pro Jahr. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gab es kein wirkliches Wachstum, denn es ist uns, den Gewerkschaften nicht gelungen, in den letzten Jahren eine spürbare reale Lohnerhöhung herauszuholen. Die ehemals funktionierende Sozialpartnerschaft im Rahmen der Tarifautonomie, die übrigens ja auch dann von der FDP hochgehalten wird, wenn sie erklären, dass wir keinen Mindestlohn brauchen, diese „Sozialpartnerschaft“ hat für mich eher den Anschein von sado-masochistisch.

Das Thema „Politischer Streik“ wird in den Gewerkschaften diskutiert, die IG BAU hat einen entsprechenden Antrag auf ihrem Gewerkschaftskongress gestellt.

Wir fordern:

gerechte Löhne – Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes für alle und zwar deutlich über 7,50€

die Banken müssen wieder der Realwirtschaft dienen

die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht den Spekulanten

Wir brauchen eine neue, nachhaltige Form des Wirtschaftens mit mehr Mitbestimmung in den Betrieben und Verwaltungen

Bildungsinvestitionen, die diesen Namen wirklich verdienen,

nicht Pseudofortschritte ala G8, Bachelor, Master, Studiengebühren, Stipendien für Kinder von Besserverdienenden.

Verbesserung heißt hier von den skandinavischen Nachbarn lernen:

Kleine Klassen, längeres gemeinsames Lernen,

Förderung Schwächerer, gute Lehrerausbildung,

Hochschulen mit ausreichend Platz und Dozenten,

Kinder und Jugendliche brauchen ganz andere Chancen wie heute, wenn sie wirklich weltweit in einer Wissensgesellschaft mithalten wollen.

Hier liegt eine ganz große Gefahr der derzeitigen politischen Ignoranz:

frustrierte Junge Menschen geraten ganz leicht und ganz schnell ins soziale Aus,

Komasaufen, Suchtkarieren, Depressionen und vererbte Armutsläufe dürfen uns nicht kalt lassen.

Schon gar nicht Verzweiflungstaten wie Selbstmorde und Amokläufe.

Gewaltbereitschaft entsteht auch aus Perspektivlosigkeit.
Jugend ist manipulierbar in viele Richtungen, das wird ausgenutzt von den braunen
Rattenfängern, auch hier in Fürth treiben die ihr Unwesen.
Hier müssen wir ganz deutliche Zeichen setzen, gemeinsam gegen Rechts!

Alexander Junkunz hatte in einem Artikel letztes Jahr in den Fürther Nachrichten gegen den
neoliberalen Wahnsinn eine neue Bürgerbewegung gefordert.

Ich sehe hier in Fürth sehr gute Ansätze in dieser Richtung, das müssen wir ausbauen und
viele Mitstreiter dafür finden.

Wenn unsere Städte nicht veröden sollen, wenn unsere Kinder noch Chancen auf Bildung und
Weiterentwicklung haben sollen,

wenn wir auch im Alter noch menschenwürdig leben wollen, wenn wir auch noch Kultur
genießen wollen,

wenn Arbeiten Spaß machen soll, wenn Jugendliche Perspektiven haben sollen,

wenn junge Menschen sich trauen sollen, eine Familie zu gründen,

dann müssen wir aufstehen!

Gerd Elvers, Fürth,

Ursula Lischke, Nürnberg, den 5. Mai 2010